

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 05.12.2018

Von Reinhard Lauterbach

06.12.2018

Ultimatum an Moskau

NATO-Außenminister beraten in Brüssel über INF-Vertrag und Reaktionen auf Zwischenfall vor der Krim. Neue Aufrüstungsrunde gegen Russland



Auf Konfrontationskurs mit Russland: Generalsekretär Jens Stoltenberg am 13. Juli im NATO-Hauptquartier in Brüssel

Foto: Darko Vojinovic/AP Photo/dpa

In Brüssel tagen seit Dienstag die Außenminister der NATO-Staaten. Wichtigster Tagesordnungspunkt dürfte der angekündigte Ausstieg Washingtons aus dem INF-Vertrag

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

von 1987 zum Verbot landgestützter Mittelstreckenraketen sein. Die USA begründen dies damit, dass Russland ein neues Waffensystem entwickelt habe, dessen Reichweite mit mehr als 500 Kilometern unter die Bestimmungen dieses Vertrages falle. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg nannte es vorab eine »unhaltbare Situation«, dass sich »die eine Seite an den Vertrag hält und die andere nicht«.

Russland bestreitet nicht die Existenz des neuen Waffensystems, wohl aber, dass es gegen den INF-Vertrag verstoße. Während die USA im Sommer ihren NATO-Alliierten ein Video vorgeführt hatten, aus dem eine Reichweite des betreffenden Marschflugkörpers hervorgehen soll, spricht Moskau von einer kürzeren Reichweite. Wie der Deutschlandfunk am Dienstag in einem Beitrag einräumte, liegen der NATO keine nachprüfbaren Daten für ihren Verdacht vor. Kurzstreckenraketen sind von dem Streit nicht betroffen.

Wie der Spiegel am Dienstag berichtete, versuchen die USA, Russland mit der Drohung, den INF-Vertrag zu verlassen, zum Verzicht auf das neue System zu drängen. Zu diesem Zweck sei Washington bereit, mit der Kündigung des Abkommens noch zwei Monate zu warten. In dieser Zeit solle Russland »Transparenz schaffen«, also westlichen Inspektoren Zugang zu den neuen Waffen gewähren.

Russland hat vor einigen Jahren den INF-Vertrag als für seine geopolitischen Interessen ungünstig kritisiert. Nikolai Iwanow, Chef des russischen Sicherheitsrates, argumentierte 2013, für Russland sei der Verzicht auf Mittelstreckenraketen militärisch nachteilig, weil seine Gegner nicht nur in den USA säßen, sondern auch in kürzerer Entfernung, sprich: in Europa, Japan oder Südkorea. Die USA hingegen könnten auf diese Klasse von Waffen problemlos verzichten, weil sie mit Raketen dieser Reichweite »nur Mexiko und Kanada« angreifen könnten.

So ganz stimmt das zwar nicht, wenn man dem US-Fachportal Global Security glaubt. Demnach könnten russische Mittelstreckenraketen, wenn sie im äußersten Nordosten Sibiriens stationiert würden, die gesamte Pazifikküste Kanadas und der USA treffen, was demzufolge auch umgekehrt gelten würde. Nur dass die potentiellen Zielregionen von in den USA stationierten Mittelstreckenraketen auf russischer Seite praktisch unbewohnt sind – also militärisch sinnlos wären.

Das bedeutet, dass ein Ausstieg der USA aus dem INF-Vertrag nur dann Sinn hätte, wenn die europäischen NATO-Staaten bereit wären, ebenso wie in den 1980er Jahren wieder auf ihren Territorien US-Raketen aufstellen zu lassen. Bisher sind die europäischen

Reaktionen hierauf allerdings zurückhaltend. Das dürfte auch mit den erheblichen Kosten einer neuen Aufrüstungsrunde zusammenhängen. Der Spiegel bezifferte sie auf mehrere Dutzend Milliarden US-Dollar.

Weitere Themen des Treffens in Brüssel sind der Umgang der NATO mit der zugespitzten Situation rund um die Krim. Stoltenberg warf Russland ein »destabilisierendes Verhalten« vor. Erkennbar ist aber, dass die westliche Kriegsallianz kaum geneigt ist, sich direkt in den ukrainisch-russischen Konflikt hineinziehen zu lassen. Allerdings soll die Aufrüstung der ukrainischen Streitkräfte, insbesondere die Neuschaffung einer Marine, fortgesetzt werden.